Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 198. **Dienstag** den 17. Juli 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der **Abputz** des **Stadthauses** am Obstmarkte soll erneuert werden. Gewerber um diese Arbeit werden aufgefordert, ihre Offerten versiegelt und mit der Aufschrift „Abputz des Stadthauses" bis zum 2. August cr. bei unserem Bauamte, bei welchem auch die Bedingungen und Blanquets zu entnehmen sind, einzureichen.

Leipzig, am 13. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden allhier erstatteter Anzeige zufolge:

1) Ein Paar lederne **Frauenschuhe,** ein silberner **Theelöffel,** ein Paar **Messer** und **Gabel** und vier dto. **Bücher** in ledernem Einband, mittelst **Einbruchs** aus einem Gartenhause in der II. Abtheilung des Johannisthales, in der Nacht vom 8. zum 9. dss. Mts.;

2) ein **Mannsjaquet** von grauem Tuche, auf gleiche Weise ebenda, zur nämlichen Zeit;

3) ein wollenes **Taschentuch,** gez. **M. U.,** und eine **Schuhbürste,** auf dieselbe Art am gleichen Orte, in derselben Zeit;

4) ein **Mannsrock** von hellfarbigem Stoffe, mit braunem Futter, ohne Knöpfe, eine glanzlederne **Umhängetasche** mit Lederriemen, ein alter hellgelber **Sonnenschirm** und eine **Rosenscheere,** ebenfalls mittelst **Einbruchs** aus einem Gartenhäuschen im Johannisthal, zu gleicher Zeit;

5) eine **Jappe** von dunkelgrauem Stoffe (kenntlich an einigen Oelfarbenflecken) und eine **Kinderschürze** von schwarzem Lederstuch mit rother Kante, auf dieselbe Art ebenda, zur nämlichen Zeit;

6) ein **Paar Hosen** von braun-, roth- und grünkarrirtem Stoffe, mit grauem Bandfutter, aus einem Vorterrelocale in Nr. 11 der Reichsstraße, am 9. dss. Mts. Nachmittags;

7) ein **Geldbetrag** von **11 ₰,** in zwei **Thalern,** einem Zweimark- und drei Markstücken, aus einer Stube in einem Stallgebäude in Nr. 1 am Dösener Wege, vom 8. bis 10. dss. Mts.;

8) ein **Portemonnaie** von gelbem Leder, **enthaltend** ca. 6 **₰,** in zwei Zweimark-, einem Markstücke und din. kleiner Münze, auf einem Verkaufsstande in Nr. 8 der Nürnberger Straße, am 10. dss. Mts. Abends;

9) ein goldener **Siegelring** mit blauem Stein, aus einem Schlafsalon in Nr. 21 der Hohen Straße, in der Zeit vom 4. bis 12. dss. Mts.;

10) ein **Zehnmarkstück,** aus einem Verkaufsstande in der Fleischhalle am Plauen'schen Platze, am 12. dss. Mts. früh;

11) eine **Tischdecke** von roth und gelbem Plüsch, mit bunter gestickter Kante und roth und gelben Troddeln, eine kleine **Decke** von Canevas, mit bunter Stickerei und ebensolchen Troddeln und eine **Photographie,** in einem Rahmen von rothbraunem Sammet, aus einer Wohnung in Nr. 10b der Humboldtstraße, am gleichen Tage Vormittags;

12) zwei **Brode** à 3 Kilo und eins **desgleichen** à 4 Kilo schwer, aus einem Wagen, welcher in der Sternwartenstraße gestanden hat, an demselben Tage Nachmittags;

13) eine ziemlich neue **Kartätsche,** aus einem Pferdestalle in Nr. 17 der Leibnizstraße, am gleichen Tage Vormittags;

14) eine **Geldsumme** von **7 ₰ 50 ₰,** in drei Zweimark-, einem Mark- und einem Fünfzigpfennigstücke, aus einem Gastlocale in Nr. 9 der Mittelstraße, am 13. dss. Mts. Abends;

15) ein **Sommerüberzieher** von dunkelblauem Kammgarnstoff, mit einer Reihe Steinnußknöpfen, Seitentaschen mit Patten und schwarzseidenem Futter — in den Taschen befand sich ein weißseidenes **Halstuch** und ein weißleinenes **Taschentuch,** gez. E. B. — aus einem Expeditionslocale in Nr. 19 der Universitätsstraße, am 14. dss. Mts. Vormittags;

16) eine silberne **Cylinder-Remontoiruhr** mit Secunde und gerieftem Rückseite mit Plättchen in der Mitte, ferner ein **Klemmer** in Stahlgestelle, aus einer Ankleidezelle im Dianabad, am 15. dss. Mts. Vormittags;

17) ein **Sommerüberzieher** von schwarzgrauem gerieften Stoff, mit einer Reihe Knöpfen, verdeckter Patterie, blau- und rothgestreiftem Aermel- und schwarzem Schoßfutter, — in den Taschen befand sich eine **Cigarrenspitze** von Meerschaum mit Bernsteinmundstück, nebst **Futteral** mit der Firma: „Arthur Schneider, Leipzig", ein schwarzledernes **Cigarrenetui** und ein rothleinenes **Taschentuch** mit weißer Kante — aus einem Gastlocale in Nr. 9 der Schulstraße, an demselben Tage Mittags;

18) ein **Anzug** für einen zweijährigen **Knaben,** bestehend in einem **Jaquet** von blauem Tuch mit schwarzem Futter, einer ebensolchen **Weste** und einem Paare grau- und schwarzmelirten **Hosen,** mit weiß-, gelb- und rothgestreiften Bandkatter, ferner einer **Mütze** von demselben Stoffe, mit rothem Futter, in welches der Name „Willi Kühle" mit Tinte eingeschrieben ist, einem weißleinenen **Hemd,** einem ebensolchen **Kragen** und einem Paar rothen **Hosenträgern,** ferner ein roth- und weißcarrirtes baumwollenes **Taschentuch** und ein schwarzledernes **Portemonnaie** mit einem Inhalte von **17 ₰,** aus dem Freibade am Schleußiger Wege, am nämlichen Tage Nachmittags;

19) ein **Geldbetrag** von **8 bis 10 ₰,** in div. Münzsorten, aus einem Küchenraume in Nr. 1 des **Gelbhahngäßchens,** zu gleicher Zeit.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Sachen oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 16. Juli 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.:
Junck, Polizeirath. Dr. Demcke.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Auseinandersetzung mit Rom.

Der Zank zwischen „Kreuzzeitung" und „Post" tobt heftiger als je, die Polemik zwischen der „Germania" und der „Norddeutschen" zeigt eine fast nie vorher beobachtete Schärfe, und selbst die vor Kurzem noch als liebe Freundin und Bundesgenossin von dem Centrumsblatte gefeierte „Kreuzzeitung" wird jetzt von dem Organ der Ultramontanen Tag für Tag feindseliger behandelt.

Was ist geschehen? Soeben ist ein Gesetz angenommen worden, welches der Curie weit mehr Zugeständnisse macht, als sie vor drei Monaten noch zu fordern wagte, ein Gesetz, das nach der Auffassung sehr vieler besonnener staats- und gesetzestreuer Männer den Gang nach Canossa bedeutet; eben hatten sich noch Herr Windthorst und Herr v. Rauchhaupt, Herr v. Schorlemer und Herr Stöcker gerührt die Hände gedrückt, und nun dieser Zorn, diese Wuth! Noch gestern hat die „Kreuzztg." Alles gut gefunden, heute bläst die „Nordd." ein neues Signal, sofort ist das conservative Organ anderen Sinnes und macht Front gegen den Bundesgenossen von gestern. Fast konnte man glauben, ein neuer Culturkampf sei entbrannt, wo doch allen officiösen Versicherungen zufolge es sich um den Abschluß des Friedens nach langem Kampfe handelt. Je unbefangener man die Vorgänge der letzten Wochen betrachtet, um so weniger vermag man ein Verständniß dafür zu gewinnen, klar ist eben nur die Unklarheit der ganzen Situation, und da kein Parlament versammelt ist, sind auch die Minister vor den neugierigen Fragen und Interpellationen geschützt, man kann nichts weiter thun, als warten.

Das deutsche Volk und mit ihm ganz Europa bewundert den Fürsten Bismarck besonders wegen seiner diplomatischen Erfolge. Oft und mit Recht ist hervorgehoben worden, daß der große Kanzler mit den Ueberlieferungen der alten Schule gebrochen, daß er sich niemals als ein Anhänger der Düfteleien und diplomatischen Quer- und Winkelzüge gezeigt, daß er vor Allem nicht selten durch seine geradezu verblüffende Offenheit gewirkt habe. Es wird uns darum schwer, daran zu glauben, daß unser Reichskanzler der römischen Curie gegenüber eine Niederlage erlitten habe, und doch können wir den offenkundigen Thatsachen gegenüber uns diesem Eindruck nicht verschließen.

Wenn wir nach einer Erklärung für diese schmerzliche Wahrnehmung suchen, so müssen wir einige Zeit zurückdenken. Es war im März des Jahres 1880, als Fürst Bismarck im Reichstage in einer längeren Rede seinem Unmuth über den Gang der kirchenpolitischen Entwickelung Luft machte, seiner Unzufriedenheit über die Haltung des Centrums mit lebhaften Worten Ausdruck gab. Geh. Rath Hübler hatte in Wien mit einem Vertreter des Papstes den ganzen Winter hindurch verhandelt, ohne daß irgend ein nennenswerthes Resultat erreicht worden wäre. Nach den Worten des Kanzlers mußte man glauben, er würde nunmehr den Kampf gegen Rom mit neuer Energie aufnehmen, war er doch so weit gegangen, zu erklären, daß er eventuell seine Stellung im Rathe der Krone aufgeben würde, um als einfacher Reichstagsabgeordneter den Kampf gegen den Ultramontanismus aufzunehmen. Und welches Schauspiel wurde uns wenige Wochen darauf geboten? Die erste kirchenpolitische Novelle wurde in den preußischen Landtag eingebracht, durch welche der Staat zum ersten Mal von dem früheren Wege zu Gunsten der Ansprüche Roms zurückwich. Damals trat noch Herr Falk als einfacher Abgeordneter den Ausführungen seines Nachfolgers vom Puttkamer entgegen. — Seitdem sind noch zwei Novellen nachgefolgt, ein preußischer Gesandter ist in der Person des Herrn v. Schlözer nach Rom gesendet worden, aber es läßt sich nicht verhehlen, daß die ganze Campagne gegen Rom uns bis heute auch noch nicht den geringsten Erfolg gebracht hat. Während Fürst Bismarck gegenüber allen weltlichen Staaten im diplomatischen Schachspiel immer Meister geblieben ist, weil er bei jedem Zuge immer den unfehlbar eintretenden Gegenzug genau vorher berechnet hatte, ist ihm dies der Curie gegenüber durchaus nicht gelückt. Die Curie hat sich niemals einschüchtern lassen, sondern immer nach allen Zugeständnissen ihre ursprünglichen Forderungen aufrecht erhalten, indem sie dabei ihren alten Traditionen treu geblieben ist. Wir glauben, daß ein bedauerlicher Irrthum des Fürsten Bismarck darin gelegen hat, daß er allzu sehr mit der Persönlichkeit des Papstes gerechnet, einen Unterschied zwischen einem mehr friedliebenden und kriegerischen Papste machen wollte, während in Wirklichkeit seit Langem die Person des Papstes für die Politik der Curie gleichgültig ist, diese aber von der Tradition diktirt wird, welche besonders consequente Ausdauer fordert.

Man darf also nicht sonderlich überrascht sein, wenn nunmehr nach den neuesten Zugeständnissen die Curie keine größere Gefügigkeit zeigt als vorher. Die politische Unterstützung des Centrums in den Parlamenten zu erlangen, dazu mag wieder die neueste kirchenpolitische Novelle ausreichen, aber zum Frieden mit Rom führte sie sicherlich nicht.

Aus der neuesten Polemik zwischen den klerikalen und gouvernementalen Blättern wagen wir keine sonderliche Hoffnung zu schöpfen, so heftig auch der neue Kampf entbrannt zu sein scheint. Nach den bisherigen Erfahrungen, wo wiederholt nach dem heftigsten Anlauf ein um so energischeres Zurückweichen und Nachgeben erfolgte, glauben wir vielmehr wiederum folgern zu müssen, daß es sich nur um ein Intermezzo handelt. Auf die moralische Entrüstung der „Norddeutschen" über den Undank der Klerikalen ist nicht viel zu geben. Wiederum zeigt uns Rom, daß ihm gegenüber ebensowenig wie im Alterthum von Pactiren die Rede sein kann, hier heißt es entweder herrschen oder sich unterordnen. Kein Drittes giebts.

Wird die preußische Regierung diese Lehre endlich beherzigen? Wir haben, wie gesagt, fast keine Hoffnung. Seit drei Jahren ist die Stellung des preußischen Staates der Curie gegenüber immer schwächer, immer schlechter geworden. Das Parlament vermag nichts dem Reichskanzler gegenüber, die Conservativen haben es, wie so oft, auch diesmal bewiesen, daß ihnen das volle Verständniß für die wahren und höchsten Interessen des Landes fehlt. Das Centrum bildet mit den Conservativen die Mehrheit, wir leben überhaupt im Zeichen des conservativ-klerikalen Bündnisses, und da ist nichts zu erhoffen, da heißt es eben abwarten, bis neue Wahlen kommen, um die Verhältnisse zu ändern, zu bessern.

Leipzig, 17. Juli 1883.

* Die Anregung der letzten Reichstagssession wegen der Entschädigung unschuldig Verurtheilter und Verhafteter hat zur Folge gehabt, daß in der Presse eine wahre Jagd nach Vorfällen der Art veranstaltet wird. Specielle Vereine und Preßorgane machen sich den „Rechtsschutz" zur Aufgabe und sammeln von überall her Beispiele von Verurtheilungen und gerichtlichen Untersuchungen gegen Nichtschuldige mit der Tendenz oder wenigstens der Wirkung, im Volke die Anschauung zu erzeugen, als ob wie in Deutschland unter einer Richtercorruption und Justizmißbräuchen lebten, die zum Himmel schreien. Wir haben in Deutschland wenig Dinge, auf die wir so stolz sein können, wie auf unser Rechtswesen und unsern Richterstand, und die Achtung vor der Rechtspflege kann im Volke unmöglich gestärkt werden, wenn man ihm tagtäglich einredet, sie sei voll von Irrthümern und Mißbräuchen, und Rechtsschutz und Rechtssicherheit seien auf ein so tiefes Niveau herabgesunken, daß ihre Rettung und Vertheidigung die dringlichste Aufgabe jedes Volksfreundes sei. Gewiß werden in Deutschland wie in der ganzen Welt alljährlich etliche Menschen irrthümlich verurtheilt und noch mehr werden in Untersuchung gezogen, die nachher freigesprochen werden, weil ihre Unschuld bewiesen wird, oder ihre Schuld nicht bewiesen werden kann. So lange Menschen, die dem Irrthum unterworfen sind, Recht sprechen, wird dies nicht anders sein. So hart das auch im einzelnen Fall treffen mag, es ist nun einmal in der Schwäche der menschlichen Natur begründet. Sicherlich ist es eine Forderung, für die sich manche Billigkeitsgründe anführen lassen, daß ein Verurtheilter, der einem Irrthume zum Opfer gefallen ist und Jahre seines Lebens schuldlos gebüßt hat, wenn hinterher seine völlige Unschuld erwiesen wird, eine Entschädigung empfängt, soweit sie der Staat und die Gesellschaft gewähren kann. Dafür hat sich bei Berathung des Phillips-Lenzmann'schen Antrags im Reichstag viel Sympathie auf allen Seiten gezeigt und die Vertreter der Justizverwaltung haben sich auch nicht ganz ablehnend verhalten. Allein es muß doch scharf unterschieden werden zwischen einem Verurtheilten, dessen Unschuld hinterher erwiesen wird, und einem zur Untersuchung gezogenen Angeklagten, dessen Schuld nicht bis zum völligen Beweis nachgewiesen werden kann und der darum freigesprochen wird. Neuerdings werden aber in der Presse, die sich den Rechtsschutz zur besonderen Aufgabe gemacht hat, auch schon Personen der letzteren Art als bedauernswerthe Opfer des Justizirrthums hingestellt und Entschädigung für sie verlangt. Es ist aber doch eine ganz unbillige und unverständige Forderung, daß ein Angeklagter, von dessen Schuld Richter, Geschworene und die öffentliche Meinung überzeugt sind, zu dessen Ueberführung und Verurtheilung aber die vollständig erschöpfenden Beweise fehlen und der darum freigesprochen werden muß, für die erlittene Untersuchungshaft auch noch eine Entschädigung empfange. Das hieße doch wirklich die Achtung vor der Rechtspflege im Volke aufs Tiefste erschüttern. Diese ganze gezwungene Agitation für Rechtsschutz in einem Lande, wo die Justiz von den vertrauenswürdigsten Personen ausgeübt wird und mit den möglichsten Garantien der unparteiischen Gerechtigkeit und der ehrlichen Erforschung der Wahrheit ausgestattet ist, hat etwas Krankhaftes und kann nur dazu dienen, das wohlbegründete Vertrauen in die Rechtspflege zu erschüttern.

* Der Centralverband deutscher Industrieller hat in seiner letzten Delegirtenversammlung in Nürnberg mit Erfolg die Frage des gewerblichen Unterrichtswesens in das Bereich seiner Berathungen gezogen und dadurch auch die Anregung zur Behandlung und Erörterung dieses wichtigen Gegenstandes in weiteren Kreisen gegeben. Insbesondere haben sich hervorragende Berliner Vereine mit dieser Frage befaßt, und es hat bereits ein Ideenaustausch zwischen Vertretern der Staatsregierung und der Industrie stattgefunden. Die Delegirtenversammlung des Centralverbandes, welche im September d. J. in Heidelberg zusammentritt, wird sich aufs Neue mit diesem Thema beschäftigen und insbesondere die bei der ersten Berathung vorbehaltenen Detailfragen zur Erledigung bringen. Es haben Referate übernommen: Herr Director Böttcher über die Organisation der Meisterschulen, Herr Stadtbaumeister Stübben über die Organisation der Lehrlingsschulen, Herr Professor Undeutsch über die Organisation des die Elementarschulbildung erweiternden Cursus; Herr Professor Lothar Meyer über die Grenzen, in denen der naturwissenschaftliche Unterricht in den gewerblichen Unterrichtsanstalten zu geben ist, und Herr Dr. Grothe über die Frage, wie die Mittel für das gewerbliche Unterrichtswesen zu beschaffen sind. Insoweit es eines die Specialreferate zusammenfassenden Gesammtreferats bedürfen sollte, wird Herr General-Secretair Bueck in Düsseldorf dasselbe übernehmen.

* * *

* Ueber die Stellung der ungarischen Regierung zum Tisza-Eszlarer Proceß schreibt man der Prager „Bohemia" anscheinend officiös aus Pest: „Seitens der Regierung hat man sich bisher dem Processe gegenüber passiv verhalten, was darin seinen Grund hat, daß ein Eingreifen in denselben mit Rücksicht auf die Unabhängigkeit der Gerichte unmöglich war, der Proceß aber geführt werden mußte, weil sonst die Regierung in den Verdacht gekommen wäre, ihn aus Parteinahme für die Juden niedergeschlagen zu haben. Gleichwohl ist man sich in den hiesigen Regierungskreisen bewußt, daß, so weit es unter Respectirung der Unabhängigkeit der Gerichte möglich ist, auch ihrerseits etwas geschehen müsse. Denn für die Erscheinungen, welche während des Processes zu Tage getreten sind, ist man in den Regierungskreisen keineswegs blind. Es ist daher mit Sicherheit zu erwarten, daß, sobald der Proceß zum Abschluß gekommen sein wird, im disciplinären Wege eine Untersuchung über das gerichtliche Gebahren eingeleitet werden wird, wie das Urtheil immer lauten möge, wobei es sich von selbst versteht, daß, falls das Urtheil nicht freisprechend lauten sollte, der Proceß vor die zweite Instanz käme."

* Man schreibt der „Politischen Correspondenz" aus St. Petersburg, 10. Juli: „Das Kaiserpaar weilt in seinem Lustschlosse zu Peterhof, welches es nur von Zeit zu Zeit verläßt, wenn besondere Anlässe dies erfordern. So kamen Ihre Majestäten am 6. d. nach St. Petersburg, um im Winterpalaste verschiedene Beglückwünschungsdeputationen aus der Provinz zu empfangen. An demselben Tage haben auch die deutsche Colonie sowie die Juden von St. Petersburg dem Kaiserpaare kostbare Geschenke dargebracht. Gestern hielt der Kaiser in dem Hafen von Kronstadt über zehn Schiffe verschiedener Bauart eine Revue ab, welcher die Kaiserin, der Großfürst-Thronfolger, die Großfürsten Alexis Alexandrowitsch, Michael Nicolajewitsch, die Großfürstin Maria Pawlowna, die Herzogin von Edinburgh, mehrere andere Mitglieder der kaiserlichen Familie und viele höhere Functionaire beiwohnten. Das Kaiserpaar ist sofort nach Beendigung der Revue nach Peterhof zurückgekehrt. Die vor Kurzem gebrachte Nachricht, daß der König von Dänemark das Kaiserpaar in der nächsten Zeit in Peterhof zu besuchen beabsichtige, wird von wohlunterrichteter Seite bestätigt. Das, allerdings mit ausdrücklichem Vorbehalte verzeichnete Gerücht, daß Kaiser Alexander möglicherweise sich behufs Abstattung eines Gegenbesuches nach Kopenhagen begeben dürfte, muß dagegen dem gleichen Gewährsmanne zufolge sehr bezweifelt werden. Man dürfe fast entschieden behaupten, daß eine solche Reise des Kaisers nicht erfolgen werde".

* Nach einer uns aus Warschau zugehenden Meldung soll der neuernannte General-Gouverneur von Warschau, General Gurko, keineswegs bereit sein, die auf die vollständige Russificirung Polens abzielenden Tendenzen, welchen verschiedene russische Organe das Wort reden, zu adoptiren. General Gurko hat vielmehr in St. Petersburg den Wunsch geäußert, daß ihm in Betreff der in der Verwaltung Polens einzuschlagenden Richtung keine zu streng bindenden Instructionen ertheilt werden mögen. Er möchte in dieser Beziehung einigermaßen freie Hand behalten, um sich erst nach gewonnener Kenntniß der Verhältnisse in Polen für eine definitive Richtung in politischer und administrativer Hinsicht zu entscheiden.

* Fürst Nikolaus von Montenegro hat seine Tochter Prinzessin Zorka mit dem serbischen Kronprätendenten Fürsten Peter Karageorgewitsch verlobt und soll die Vermählung bereits im September vollzogen werden. Fürst Alexander Karageorgewitsch war im vergangenen Frühjahr längere Zeit in Cettinje und gab sein Verlobungsfest am Hofe des Fürsten von Montenegro Belgrader und Wiener Politikern Anlaß zu weitgehenden politischen Conjecturen. Das Verhältniß zwischen Serbien und Montenegro, das seit lange kein besonders freundliches ist, wird durch die verwandtschaftliche Verbindung der Häuser Petrowitsch-Njegusch und Karageorgewitsch jedenfalls noch gespannter werden; denn König Milan wird sterben, wie Fürst Nikita in der Weinlaune, nach Mittheilung eines Wiener Correspondenten, offen ausgesprochen, in Cettinje den Herd der gegen seinen Thron gerichteten Intriguen zu suchen haben. Diese Vermählung findet unter den Auspicien des Kaisers Alexander's III. statt, und der König von Serbien mag darin die Folgen seiner Hinneigung zu Oesterreich erblicken. In Petersburg drängt man jetzt auf die Abberufung des serbischen Gesandten Horwatowitsch, dem man ebenfalls eine Vorliebe für Oesterreich zuschreibt, die soweit gegangen sein soll, daß er sich um die russische Politik gar nicht gekümmert habe.

* General Soboleff weilt noch immer in St. Petersburg und man verbreitet in Sofia über die Ursachen seines auffällig langen Aufenthalts in Rußland verschiedene Gerüchte. Auf Grund verläßlicher Informationen läßt sich versichern, daß die Thätigkeit des Generals in St. Petersburg keinem anderen Zweck gilt, als dem Versuche, die maßgebenden russischen Persönlichkeiten zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Bulgarien zu bestimmen. Die Bemühungen des Generals sind jedoch, wie mit Bestimmtheit gesagt werden kann, vergebliche; die russischen Staatsmänner wollen von einer Verfassungsänderung in Bulgarien Nichts wissen. Man glaube übrigens nicht, daß General Soboleff sich über die Aussichtslosigkeit aller weiteren Schritte in dieser Richtung nicht klar sei. Wenn er seine Umstimmungsversuche dessen ungeachtet fortsetzt, hat dies seinen Grund darin, daß er den Liberalen, die ihn in seinem Kampfe gegen die Conservativen unterstützten, versprochen hat, ihnen aus Rußland gleichsam als ein speciell für Bulgarien angefertigtes Erinnerungsandenken eine neue Constitution mitzubringen. Der General, für den wohl Sofia in Folge der sich immer verschärfenden allgemeinen Unzufriedenheit in Bulgarien gegenwärtig sehr geringe Anziehungskraft haben dürfte, verlängert seinen Aufenthalt in Rußland, um den Liberalen mit um so größerer Berechtigung erklären zu können, er habe Alles gethan, um sein Versprechen einzulösen. — Die Nachricht von der Ernennung des Generals Ernroth zum Rathe des Fürsten Alexander, von welcher General Kaulbars peinlich berührt worden sein soll, wurde von der bulgarischen Bevölkerung als das erste Anzeichen des Anbruchs einer besseren Aera begrüßt. Man hofft, daß die Wirksamkeit des Generals Ernroth der Militairdictatur, welche die Generale Soboleff und Kaulbars ausübten, dem Nepotismus und Protectionswesen, welche die Verwaltung Bulgariens unfähigen und oft selbst ihren Charakter nach nicht makellosen Leuten in die Hände lieferten, der zum schweren Unheile des Landes immer weiter fortschreitenden Zersetzung der Administration ein Ende machen werde. Alle Bevölkerungsschichten wünschen die Rückkehr des Fürsten und die Ankunft des Generals Ernroth herbei, von denen sie die Erlösung von den gegenwärtigen, geradezu unerträglichen Zuständen erwarten. So berechtigt nun auch das Vertrauen in die Fähigkeiten und den Charakter des Generals Ernroth ist, und so begründet auch die Hoffnungen sind, die man an die Rückkehr des Fürsten knüpft, kann man sich, wenn man anders den Ersteren nicht überschätzt und Letzteren nicht aus überschwänglicher Loyalität geradezu Zauberkraft zuschreibt, keiner Täuschung darüber hingeben, daß des Fürsten und seines Rathes eine sehr schwere Arbeit harrt. Selbst bei den energischsten und unermüdlichsten Anstrengungen kann es dem Fürsten und dem General nur in gerauмer Zeit gelingen, die kläglichen Zustände in Bulgarien einigermaßen zu bessern. Man darf überzeugt sein, daß der Fürst selbst sich dieser Einsicht durchaus nicht verschließt. Angesichts der gegenwärtigen Situation im Fürstenthume, deren Wirrsale trotz der vielen Lamentos, welche aus Sofia in die Welt dringen, keineswegs erschöpfend geschildert worden, wäre es eine Illusion, Mehr zu hoffen, als daß Fürst Alexander und General Ernroth das kranke Bulgarien einer allmäligen Wiedergenesung entgegenführen werden.

* Die Lösung der schon so lange schwebenden ostrumelischen Tributfrage, bezw. die Herabsetzung des von der autonomen Provinz an die Pforte zu entrichtenden Jahrestributs dürfte binnen Kurzem erfolgen. Der Großvezier hat darüber Aleko Pascha bei dessen Anwesenheit in Konstantinopel die bündigsten Versicherungen gegeben und erklärt, daß die ottomanische Regierung dem von der Provinzialversammlung beschlossenen Gesetze betreffs der Herabsetzung des Tributs ihre stillschweigende Zustimmung ertheile und bereit sei, den Beschluß in officieller Form anzuerkennen, sobald derselbe die Zustimmung der Signatarmächte des Berliner Vertrages erhalten haben werde.

* Aus Athen wird vom 7. Juli geschrieben: „König Georg wird sich am 21. Juli zum Curgebrauche nach Wiesbaden begeben und etwa sechs Wochen daselbst verweilen. Während dieser Zeit wird er, wie es heißt, einen kurzen Ausflug nach Kopenhagen unternehmen, um daselbst seine Schwester zu besuchen. Die Königin ist vorgestern in Corfu angekommen. — Der bisherige türkische Geschäftsträger am griechischen Hofe, Tewfik Bey, ist zum Gesandten in Athen erhoben worden. — Wie im Vorjahre aus Anlaß der englischen Expedition nach Egypten, sieht auch heuer in Folge der Cholera eine Rückwanderung der im Auslande ansässigen Griechen nach ihrem Heimathlande bevor. Die überwiegende Mehrzahl jener Personen, die, ihre Berufsgeschäfte im Stiche lassend, sich vor der Epidemie aus Egypten flüchten, besteht aus Griechen, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nirgends anderswo als nach Griechenland ihre Schritte lenken werden. Sie werden sich von dieser Absicht selbst durch die strengen Maßregeln nicht abbringen lassen, welche die griechische Regierung sogleich nach der ersten Nachricht über das Auftreten der Cholera in Damiette ver-